

# FORUM

in: Politische Vierteljahresschrift 4/1985

## Politikwissenschaft im Faschismus (1933–1945): Die vergessenen zwölf Jahre

Johannes Weyer

### 1. Formen des Umgangs mit der Fachgeschichte

Angesichts des gegenwärtigen Booms wissenschaftsgeschichtlicher Arbeiten muß es als erstaunliches Faktum angesehen werden, daß es immer noch Wissenschafts-Disziplinen gibt, die ihre eigene Geschichte nicht kennen bzw. diese auf wenige stereotype Bilder reduzieren. Die bundesdeutsche Politikwissenschaft gehört zu diesen ‚geschichtslosen‘ Disziplinen – zumindest was die Aufarbeitung der Phase des Faschismus anbelangt. Alle gängigen Arbeiten zur Geschichte der Politikwissenschaft, so sehr sie sich in ihren Herangehensweisen und ihren Ergebnissen unterscheiden, sind sich in einem Punkt vollkommen einig: Die Phase des Faschismus klammern sie systematisch aus. Ja, die Kontroverse in der PVS um *Hans Kastendieks* Buch „Die Entwicklung der westdeutschen Politikwissenschaft“ (mit Beiträgen von *Arndt* und *Hättich*) verdeutlicht den Versuch der Profession, „einer Diskussion über die bisherige Entwicklung der Politikwissenschaft auszuweichen“ (*Kastendiek* 1980: 314). Es erscheint in gewisser Weise paradox, daß ausgerechnet ein Fach, das nach 1945 fast ausschließlich von Exilanten repräsentiert wurde, die allesamt keine Parteigänger der Nazis gewesen waren, in solcher Weise die Vergangenheitsbewältigung mied und meidet. Auch dieser Aufsatz wird nicht klären, warum die bundesdeutschen Politologen nicht an der Spitze der gegenwärtigen Versuche stehen, das Verhältnis von Wissenschaft und Faschismus aufzuarbeiten, wäre diese Thematik doch ein genuiner Gegenstand politikwissenschaftlicher Analyse.

Hier geht es zunächst nur darum, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, die prüft, ob und in welcher Weise während des Faschismus eine Disziplin existierte, die entweder sich selbst als Politikwissenschaft bezeichnete oder aus retrospektiver Sicht unter die Kategorie ‚Politikwissenschaft‘ gefaßt werden kann. Das gängige, die Nichtbefassung mit dieser Phase legitimierende Argumentationsmuster in fast allen fachhistorischen Darstellungen lautet, die Nazis hätten durch ihre Politik der Gleichschaltung und Ver-

treibung die ersten Ansätze einer Politikwissenschaft, wie sie sich vor allem an der Berliner Hochschule für Politik (HfP) herausgebildet hatten, liquidiert und die Protagonisten des Faches verfolgt und exiliert. Somit scheint folgender Schluß nahezuliegen: Es kann während des Faschismus keine Politikwissenschaft gegeben haben; die Fachgeschichte setzt erst 1945 mit der Rückkehr der Exilanten und dem Aufbau einer westdeutschen Politikwissenschaft als Teil der Re-education-Bemühungen der US-Besatzungsmacht wieder ein. Man sehe sich aber nur einmal die Quellen dieser Darstellung an, und schon wird deutlich, daß sie allesamt auf einer einzigen Schilderung eines der Beteiligten (*Jäckh* 1952) basieren, die damit quasi offiziösen bis doktrinären Charakter gewonnen hat und zur Stereotype geronnen ist. Durch permanente Wiederholung ‚wahr‘ geworden war damit die Identifikation des (sicherlich beklagenswerten) Schicksals bestimmter Berliner Politologen mit der Geschichte des Faches als solchem.

Mehrere Dinge verblüffen bei dieser Legendenbildung, besonders die Gutgläubigkeit, mit der nunmehr seit über 30 Jahren voneinander abgeschrieben wird, und die damit verbundene Ignoranz gegenüber den Fakten. Demgegenüber verwundert die Akribie, mit der vor allem *Kastendiek* der Exilierungsthese nachgeht. Seinen äußerst fruchtbaren Ansatz, wissenschaftliche Entwicklungen auf „Veränderungen in den Problemkonstellationen politischer Praxis (zu) beziehen“ (1977: 125), läßt er ausgerechnet bei der Analyse der Phase des Faschismus fallen und weicht statt dessen auf die unhaltbare, zudem aus der Soziologiegeschichte entlehene Stillstands- und Liquidierungsthese aus. Vollends entfernt sich *Kastendiek* jedoch von den (deutschen) Realitäten, wenn er in seinem Versuch, gegen die „häufigen Thesen vom Bruch in der Entwicklung“ zu argumentieren, eine Kontinuität – allerdings im Exil – konstruiert, ja der „Exilsituation sogar einen geradezu konstituierenden Einfluß“ (1977: 146) für die Entwicklung der Politikwissenschaft einräumt und so die Realität einer deutschen Politikwissenschaft 1933 bis 1945 geflissentlich übersieht. Diese ursprünglich von *René König* stammende Denkfigur ergänzt er noch durch seinen bei *Gerhard Stourzh* entlehnten ‚Definitionstrick‘, der vollends die Suche nach einer deutschen Kontinuität überflüssig machen soll: „(Vor 1933) existierte noch keine Politische Wissenschaft im heute auch bei uns und damals bereits im Westen üblichen Sinne des Wortes.“ (1977: 146). Die mögliche Existenz einer faschistischen Politikwissenschaft wird somit auf eine Definitionsfrage reduziert, wobei die Kategorie einer ‚westlichen‘ Politikwissenschaft den Blick für ideologisch anderweitig fixierte Konzepte verstellt. Die Versuche, das Thema hinwegzudefinieren, produzieren jedoch auch Ungereimtheiten, die stutzig machen. *Fraenkel* behauptet z. B.: „Kann doch eine *echte Politologie* (Hervorh. v. J. W.) nur in einer freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie gedeihen ...“ (1957: XI) Heißt dies, die Existenz einer ‚unechten‘, d. h. dem Faschismus ideologisch ergebenden Politikwissenschaft sei möglicherweise nicht auszuschließen?

Angesichts der Vielzahl von offenen Fragen und des Mangels an fachhistorischen Studien versteht sich die vorliegende Untersuchung somit als ein erster, (notwendig) fragmentarischer Versuch, den Gegenstand ‚Politikwissenschaft im Faschismus‘ zu thematisieren und in einer groben Bestandsaufnahme Daten und Fakten zu unterbreiten, die – neben der Präsentation von Forschungsergebnissen – auch die Funktion erfüllen sollen, die Notwendigkeit umfassender Recherchen zu verdeutlichen. Dabei soll die

These der Existenz von Politikwissenschaft während des Faschismus auf zweierlei Weise belegt werden. Das erste Argument ist ein theoretisches: Es geht davon aus, daß Wissenschaft nicht nach Belieben der jeweiligen Machthaber an- und ausgeschaltet werden kann, sondern bestimmten Entwicklungsgesetzlichkeiten folgt, die sich dem Zugriff der Politik partiell entziehen.<sup>1</sup> Nimmt man mit *Kastendiek* an, daß wissenschaftliche Entwicklungen auf „Veränderungen in den Problemkonstellationen politischer Praxis“ (1977: 125) bezogen werden müssen, so stellt sich zunächst einmal die Frage, ob der Faschismus – abgesehen von der Eliminierung politisch mißliebiger Theorien und rassistisch gebrandmarkter Personen – ein prinzipielles Interesse an einer Nicht-Analyse politischer Prozesse hat haben können. Wer dem Nazi-Regime die brutale und totale Kontrolle der gesamten Gesellschaft unterstellt, wird kaum umhinkommen, eher einen erhöhten Planungs- und Entscheidungsbedarf zu diagnostizieren.<sup>2</sup> Wieso sollte aber ausgerechnet der Faschismus dann die Politikwissenschaft vernichten, bzw. auf den Aufbau einer dem politischen System ergebenden Politikwissenschaft verzichten? Wieso sollte ausgerechnet dieses System die Potenzen, die sich aus der Verwissenschaftlichung gesellschaftlicher Praxis ergeben, ignorieren? Diese Überlegungen führen zu der dieser Abhandlung zugrundeliegenden Arbeitshypothese: *Es muß im Faschismus Politikwissenschaft gegeben haben.*

Das zweite Argument ist ein empirisches (wobei die detaillierten Belege im nächsten Abschnitt folgen werden): Es gab erstens politikwissenschaftliche Forschung unabhängig von ihrer akademischen Institutionalisierung: der Blick auf Lehrstühle, Vorlesungsverzeichnisse etc. verstellt eher den Blick für die Tatsachen, als daß er ihn erhellt. Es gab zweitens – vor allem außerhalb der Universitäten – politikwissenschaftliche Institute, und zwar vor und nach 1933 (vgl. etwa die Aufzählung der ab 1900 errichteten Institute bei *Kastendiek* 1977: 96 f.). Und schließlich drittens: Der Begriff Politikwissenschaft wurde im Faschismus als Bezeichnung für ein Fachgebiet verwendet. Die Rekonstruktion des im Faschismus üblichen Verständnis von Politikwissenschaft wie auch der institutionellen Struktur dieser Disziplin erscheint somit als ein lohnendes Unternehmen.

## 2. Die Institutionalisierung einer neuen Disziplin

Im Zentrum der folgenden Darstellungen werden die Berliner Deutsche Hochschule für Politik (DHP), die spätere Auslandswissenschaftliche Fakultät der Universität Berlin (AWF) sowie das dieser assoziierte Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut (DAI) stehen. Die genannten Institutionen können in gewisser Weise als der zentrale Kristallisationspunkt der Politikwissenschaft im Faschismus angesehen werden, was sich besonders in der Herausgeberschaft zweier wichtiger Fachorgane ausdrückt. 1933 war die alte Hochschule für Politik aufgelöst und gleichgeschaltet worden. Für die meisten Mitarbeiter der HfP bedeutete dies den Gang ins Exil; für einige jedoch eine Karriere in Wissenschaft, Partei und/oder Staat. Der Lehrbetrieb an der – nunmehr – Deutschen Hochschule für Politik (DHP) mit dem neuen Präsidenten *Paul Meier-Benneckenstein* an ihrer Spitze ging bereits im Sommersemester 1933 weiter.

Erklärtes Ziel war es, „die Deutsche Hochschule für Politik (in) ein Institut des nationalsozialistischen Staates zur Erziehung des politischen Führernachwuchses“ (Eckert 1934: 230) umzuwandeln. Abgesehen von der NS-Terminologie ist hier zweifellos wenig am Konzept der ehemaligen HfP geändert worden, wie auch der organisatorische Aufbau in den ersten Jahren des Faschismus im wesentlichen unverändert übernommen wurde. Zwei bekannte Namen aus der Zeit vor 1933 tauchen im Lehrkörper auf: *Fritz Berber* und *Max-Hildebert Boehm*.

1937 erfolgte eine erste Änderung, die der DHP im Laufe der Zeit neues Profil geben und die Herausbildung einer eigenständigen Politikwissenschaft vorantreiben sollte. Per Erlaß *Hitlers* vom 30.9.1937 wurde die DHP eine Anstalt des Reiches, deren Ziel es blieb, „nationalsozialistische Führer für besondere Aufgaben in ihren Organisationen heranzubilden“ (ZfP 1937: 621). Die wesentliche Neuerung des Jahres 1937 ist die Neueinrichtung einer gesonderten Forschungsabteilung, deren Leitung *Berber* übernahm. Durch diese organisatorischen Veränderungen gewann die DHP „immer mehr auch den Charakter eines Forschungsinstituts für die politische Wissenschaft“ (ZfP 1937: 621); eine Selbsteinschätzung, der sicherlich zuzustimmen ist.

1940 markiert die eigentliche Wende von einer halbprofessionellen, vorrangig auf Ausbildungszwecke orientierten, zu einer akademisch-institutionalisierten und professionellen deutschen Politikwissenschaft.<sup>3</sup> Durch „Erlaß des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ (ZfP 1940: 55) wurden die 1936 gegründete Auslandshochschule an der Universität Berlin und die DHP miteinander verschmolzen und dadurch die Auslandswissenschaftliche Fakultät an der Universität Berlin gegründet. Ihr Dekan wurde SS-Standartenführer Prof. *Franz Alfred Six*. Das Manko von DHP und Auslandshochschule, „den Charakter von vorläufigen und nicht völlig ausgebauten Hochschulen“ (Six 1940: 5) zu besitzen, wurde damit behoben; Politikwissenschaft wurde erstmals in der deutschen Geschichte im akademischen Rahmen institutionalisiert. Die AWF war damit eine in dieser Konzeption „einmalige . . . Erscheinung“ (Six 1940: 6).

Parallel dazu wurde – bereits 1939 – das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut (DAI) gegründet, das zunächst gegenüber der AWF recht schwach und vage definiert war (ZfP 1940: 55; Jb 1940: 6), durch seine Arbeiten im Laufe der folgenden Jahre der Forschung aber gegenüber der Lehre zunehmend Profil verlor. Die Entstehung einer eigenständigen Disziplin Politikwissenschaft schlägt sich auch in deutlich veränderten Gegenstandsbestimmungen und Aufgabenstellungen nieder, innerhalberer die Auslandswissenschaft – vormals nur ein Aspekt unter neun – nunmehr zum Zentrum wurde: „Ihre (der AWF, J. W.) Aufgabe ist die Förderung der Kenntnis der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen des Reiches und des Gegenwartens fremder Völker und Staaten durch Lehre und Forschung. Gegenstand ihrer Lehre sind alle für das Studium der Außenpolitik und der Auslandskunde bedeutsamen Wissensgebiete.“ (ZfP 1940: 55). Die besondere Qualität dieses Umbruchs in der Entwicklung von DHP zu AWF markiert jedoch folgender Satz: „Das Lehrziel ist die Ausbildung eines *auslandswissenschaftlichen* Nachwuchses, der – für den politischen Dienst, die Wirtschaft, die Kultur und die *Wissenschaftsarbeit* des Reiches ausgebildet – die Kenntnisse auf dem Gebiet der politischen und *Auslandswissen-*

*schaften* besitzt, die der nationalsozialistische Staat fordern muß.“ (Six 1940: 6, Hervorh. J. W.)

Der Vergleich mit Selbstdarstellungen der Jahre 1933 und 1937 offenbart den markanten Wandel von einer pädagogisch-praktischen zu einer wissenschaftlich-praktischen Zielsetzung. Die Verwissenschaftlichung der Politikwissenschaft zeigt sich zudem an verschiedenen anderen Aspekten: Erstens konnte ab 1940 im Fach Auslandswissenschaften promoviert und habilitiert werden. Gegenüber anderen auslandswissenschaftlichen Institutionen bekam die AWF somit herausgehobenen Charakter, denn sie war die einzige Fakultät des Reiches, die diese akademischen Grade verleihen konnte. Zweitens wurde die Ausbildung, die die charakteristische „enge Verbindung zwischen Lehre, Forschung und Einsatz in der praktischen Politik“ (Six 1941a: 734) beibehielt, verwissenschaftlicht, indem zwischen allgemeinen „politische(n) Grundwissenschaften“ (Six 1940: 6) und gesonderten Landeswissenschaften unterschieden wurde. Drittens wurden – zumindest in Ansätzen – Formen der wissenschaftlichen Dienstleistung und Politikberatung entwickelt, die ein modernes Wissenschaftsverständnis erkennen lassen, die aber zugleich die umfassenden Versuche zur Systematisierung des Faches und seiner theoretischen Grundlagen verdeutlichen. In dem Bestreben, „eine Art politische Geländekunde für das Reich“ (Six 1941a: 736) zu erarbeiten, wurde eine Reihe von Handbüchern und Nachschlagewerken herausgegeben, z. B. die „Dokumente der Weltpolitik“ oder diverse „Handbücher zur Auslandskunde“ usw. In umfassender Weise wurde so das Wissen über politische Sachverhalte für die potentiellen Anwender aufbereitet und benutzerfreundlich systematisiert. Abgerundet wird dieses Bild durch die „stille Arbeit zahlreicher Gutachten und Auskünfte“ (Six 1941a: 737), mit denen das DAI vermutlich staatliche und wirtschaftliche Stellen versorgte.

AWF und DAI waren somit in vielfältiger Weise in die politische Praxis des Faschismus integriert: (1) Als politikwissenschaftliche Schulungsstätte der Kader, deren Funktion es war, das neu entstehende Weltreich zu verwalten – eine Aufgabe, die zweifellos politikwissenschaftlich geschulte Spezialisten erforderte. (2) Als wissenschaftspolitisches Steuerungsinstrument, das die Kooperation der Politikwissenschaft in Europa zu übernehmen trachtete. Die Details dieser Arbeit in Form von internationalen Diskussionsforen, Auslandsaufenthalten deutscher Wissenschaftler, der Gründung deutscher wissenschaftlicher Institute in den besetzten Gebieten und der Kooperation mit bereits bestehenden Einrichtungen schildert *Herbert Scurla* sehr eindrucksvoll und ausführlich (1942: 552 ff.). Deutsche Gelehrte waren „in besetzten Gebieten am Wiederaufbau der lebenswichtigen Forschung und des wissenschaftlichen Lebens beteiligt“ und wurden „zum Aufbau oder zur Reorganisation (des) Hochschulwesens“ (Scurla 1942: 553 f.) in Anspruch genommen. Diese Schilderung macht sehr plastisch, wie stark die militärische Expansion des Faschismus von einer (politik-)wissenschaftlichen Durchforschung Europas begleitet war. (3) Als politikwissenschaftliches Forschungsinstitut, das Informationen über Europa und die Welt sammelte und in aufbereiteter Form zur Verfügung stellte. All dies verdeutlicht, daß das Praktisch-Werden des jungen Faches eng an die faschistische Eroberungspolitik und an politische Steuerungsinteressen (v. a. seitens der SS; vgl. *Siebert* 1966) gekoppelt war.

Ab 1942/43 wendete sich jedoch das Blatt nicht nur in der ‚großen‘ Politik, sondern

auch in der Entwicklung von DAI und AWF, die immer stärker „auf die Pflichten der kriegsbedingten Einschränkung ... Rücksicht“ (Six 1943a: 512) nehmen mußten. 1944 erschien kein Jahresbericht mehr, so daß über die Entwicklung von DAI und AWF über 1943 hinaus hier nichts ausgeführt werden kann. Die enge Bindung an den Faschismus, die zunächst – in der Phase der Expansion – auch den rapiden Ausbau der Politikwissenschaft garantierte, wirkte sich nun nachteilig aus. In personeller Hinsicht gab es 1943 Veränderungen: *Karl Heinz Pfeffer*, Professor an der Universität Berlin, wurde nunmehr an Stelle von Six Dekan der AWF und zugleich stellvertretender Präsident des DAI.

DHP bzw. AWF und DAI verfügten über ein – gemeinsam mit dem Propagandaministerium herausgegebenes – Fachorgan, die 1907 gegründete ‚Zeitschrift für Politik‘. Hier wurden Studien zu aktuellen und historischen politikwissenschaftlichen Themen publiziert, die die politischen Verhältnisse und ökonomischen und militärischen Potenzen anderer Staaten, die internationale Kräftekonstellation, die Kolonialpolitik u. a. m. detailliert untersuchten. Eine willkürliche Auswahl:

- Die Wirtschaft Ungarns 1918–1934 (1935),
- Der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten im Lichte der Senatsuntersuchungen 1935/36 (1936),
- Indo-China im Fernostkonflikt (1938),
- Das französische Kapital in Rumänien (1939),
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (1941),
- Die deutsch-türkischen Beziehungen (1942) u. v. m.

Es ist kaum zu bestreiten, daß viele Artikel propagandistische Funktionen erfüllten, doch überrascht bei einer ersten Durchsicht die wissenschaftliche Gründlichkeit und empirische Fundierung vieler Analysen. Oft findet man Bezüge zur faschistischen Politik nur im Vorwort und in der Schlußbemerkung; ansonsten handelt es sich – dies meine These – häufig um ‚knallharte‘, empirisch fundierte politikwissenschaftliche Forschung über alle wichtigen Bereiche der Weltpolitik. Auch wenn es letztlich stets das Ziel dieser pragmatischen, theoretisch kaum reflektierten politischen Gegenwartsanalyse war, die faschistische Politik ideologisch zu rechtfertigen, vor allem aber mit Daten über sämtliche (außen-)politischen Handlungsfelder zu versorgen, kann man vielen der Artikel die Sorgfalt der politikwissenschaftlichen Analyse kaum absprechen.

An dieser Stelle läßt sich ein erstes kurzes Zwischenresümee ziehen: Es ist deutlich geworden, daß der Faschismus nicht, wie gerne unterstellt, prinzipiell wissenschaftsfeindlich war – im Gegenteil: Demonstriert wurde vielmehr, wie der Faschismus gezielt Forschungs- und Ausbildungskapazitäten aufbaute bzw. unter Rückgriff auf vorhandene Institutionen umformte, insgesamt aber – zumindest für den behandelten Bereich – die wissenschaftlichen Potenzen quantitativ vermehrte. Man muß *Scuria* wohl zustimmen, wenn er sagt: „Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme sind diese Auslandsinstitute nach Zahl und Umfang wesentlich erweitert und nach der Erfordernissen einer volksverbundenen Wissenschaft aufgerichtet worden.“ (*Scuria* 1942: 548) Und sein Hinweis, daß „die Aufgabenstellung dieser wissenschaftlichen Einrichtungen von den Bedürfnissen von Staat und Wirtschaft gelenkt“ (1942: 548)

wird, so daß man von einem „planmäßigen Einsatz der Wissenschaft“ (1942: 549) sprechen könne, ist, auch wenn diese Darstellung glorifizierend sein sollte, im Kern kaum zu bestreiten. Die These eines planmäßigen, gezielten und umfassenden Aufbaus wissenschaftlicher Kapazitäten im Faschismus scheint sich somit zu bestätigen. Daß all diese Institutionen eng in den Herrschaftsapparat eingebunden waren, sollte nicht automatisch zu der Annahme verleiten, hier habe keine Wissenschaft stattfinden können. Dieses Verdikt scheint eine gründliche Analyse der historischen Realitäten eher verhindern als befördern zu wollen.

### 3. Verwissenschaftlichung und Autonomisierung der Politikwissenschaft

Die folgenden Ausführungen basieren auf Selbstdarstellungen von Wissenschaftlern, die nach ihrer eigenen Einschätzung Politikwissenschaft betrieben und sich zu Gegenstand, Methode, Erkenntnisinteresse, Erkenntnisprozeß und Traditionen ihrer Disziplin geäußert haben.<sup>4</sup> Betrachtet man einen relativ frühen Definitionsversuch (*Dix* 1934), so fällt sofort die rechtswissenschaftliche Perspektive auf, mit der Politikwissenschaft betrachtet wurde. Andere Äußerungen der folgenden Jahre zeigen zwar an, daß sich allmählich ein Begriff von politischer Wissenschaft herauszukristallisieren begann, dieser aber noch stark als ‚Dach‘ für alle möglichen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen betrachtet wurde.

Die Herausarbeitung eines Begriffs einer eigenständigen Politikwissenschaft gegenüber solchen Ansätzen ist zweifellos das Verdienst des DAI. *Wilhelm Gülich* etwa definiert 1941 Politikwissenschaften als „die Wissenschaften vom politischen Leben“ (1941: 4) und begreift sie als eine Synthese von Gegenwarts- und Geschichtsforschung, die sich naturwissenschaftlicher Methoden bedient. Er betont trotz der auch von ihm getragenen politischen Ausrichtung die wissenschaftliche Zielsetzung der Politikwissenschaft besonders deutlich: „Wissenschaftliche Methode in Forschung und Unterricht wird hier also dem Ziel politischer Menschenführung und staatlicher Willensbildung dienstbar gemacht, ohne dabei den Anspruch auf strenge Wissenschaftlichkeit aufzugeben.“ (*Gülich* 1941: 6, Hervorh. J. W.) Diese Doppeldefinition einer politischen und zugleich wissenschaftlichen Politikwissenschaft wird zunehmend das Markenzeichen der im Faschismus entwickelten Politikwissenschaft, die sich tendenziell gegenüber anderen Disziplinen verselbständigt. Voll zum Tragen kommt dieses Konzept allerdings erst in der 1943 neugegründeten Zeitschrift ‚Politische Wissenschaft‘, deren Gründung damit auch einen gewissen paradigmatischen Wandel anzeigt. Doch bleiben wir zunächst bei den Vorläufern.

Typisch für die Theoriebildung der Jahre 1940 ff. ist das Bemühen, eine institutions- und theoriegeschichtliche Tradition zu konstruieren, aber auch in deutlicher Abgrenzung von ‚bürgerlich/westlich/jüdischen‘ Konzepten eine eigene Spielart des Positivismus bzw. Funktionalismus zu etablieren. Gegenüber den liberalistischen Traditionen sucht sich die deutsche Politikwissenschaft ihre eigenen ‚Väter‘. Auffällig hier ist die Tatsache, daß es kaum Tabus gibt: Six nennt französische, italienische, englische und US-amerikanische Vorbilder für organisatorische und inhaltliche Konzeption des

DAI (1941a: 733 f.). Mit Blick auf deutsche Vorgänger-Institutionen verstand sich die AWF als Fortsetzerin der „bewährten Traditionen“ (*Six* 1940: 5), als „Abschluß einer Entwicklung“ (*Scurla* 1942: 549), die 1887 (Gründung des Seminars für Orientalische Sprachen durch *Bismarck*) und 1920 (Gründung der HfP) ihren Lauf genommen hatte. Besonders betont wird jedoch immer wieder die Rolle der faschistischen Machtergreifung für diesen Prozeß: Erst der „Sieg einer neuen Gemeinschaftsidee ... hat ... dem Gedanken der politischen Wissenschaft ... einen starken Auftrieb gegeben“ (*Kiesewetter* 1940: 297) und der Auslandswissenschaft „eine klare Zielsetzung und organisatorisch gültige Form“ verliehen, womit „eine jahrzehntelange Entwicklung ihren Abschluß gefunden (hat)“ (*Six* 1940: 5).

Der hier von Repräsentanten des sich entwickelnden Faches Politikwissenschaft geknüpfte Zusammenhang von politischer und wissenschaftlicher Entwicklung soll kurz auf einer grundsätzlicheren Ebene weiterverfolgt werden. Es stellt sich nämlich die Frage, wie – tendenziell schrankenlose – wissenschaftliche Forschung und politisch motivierte Steuerungsansprüche sich zueinander verhalten. Damit wird nun auch die Beziehung von Politikwissenschaft und Auslandswissenschaft zur Sprache kommen. Das Problem ist von prinzipieller Relevanz: Will der Politiker wissenschaftliches Wissen zur Verfügung gestellt bekommen, muß er dem Wissenschaftler gestatten, dieses zu generieren, wobei der wissenschaftliche Erkenntnisprozeß primär seiner eigenen (internen) Logik und nicht den politischen Vorgaben folgen muß. Soll die politische Praxis verwissenschaftlicht werden, so muß der Wissenschaft zunächst erst einmal gestattet werden, in rationalen Verfahren Wissen zu produzieren. Politisch motivierte Forschungsverbote wie etwa die Verweigerung bestimmter sozialstatistischer Daten würden die Forschung behindern und den Effekt mindern. Wie aber soll ein System, das die gesellschaftlichen Verhältnisse gegenüber rationaler Diskussion abschottet, ja mittels Ideologie mythologisiert<sup>5</sup>, politikwissenschaftliche Forschung ermöglichen, ohne die Gefahr einer Tabuverletzung einzugehen?

Meine Antwort auf diese Frage, die damit die Existenz von wissenschaftlicher Politikbetrachtung im Faschismus erklären will, lautet: Die Verselbständigung und Institutionalisierung einer politikwissenschaftlichen Fachdisziplin war zwingendermaßen mit einer Themenselektion verbunden: Politikwissenschaft im Faschismus konnte und durfte sich nur als Wissenschaft von den außenpolitischen Tatsachen etablieren, was auch um das Jahr 1940 mit der Umdefinition der Aufgaben der AWF in Auslandswissenschaft gelang und großzügige staatliche Förderung zur Folge hatte. Die Expansion des Faschismus war für die Politikwissenschaft eine einmalige Chance, ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen und zugleich ihre Verfahren auf Gegenstände des politischen Lebens anzuwenden, die im Bereich der Innenpolitik jeglicher empirischer Erforschung entzogen waren. *Pfeffer* bestätigt in gewisser Weise diesen Charakter der Auslandswissenschaften als besondere, „auf ein bestimmtes Land anzuwendende“ (1943: 11) politische Wissenschaften, verdeutlicht hiermit also die Unterordnung der ersteren unter die letzteren.

Die hier aufgestellte These beinhaltet somit eine tendenzielle Verselbständigung der Politikwissenschaft als Wissenschaft gegenüber dem politischen System, eine Emanzipation aus der totalen Abhängigkeit von politisch verfügbaren Zwecksetzungen. Dies

kann man auch an den charakteristischen Verschiebungen feststellen, die der Anspruch der Politikwissenschaft auf Verwissenschaftlichung der faschistischen Politik im Laufe der Jahre erfuhr: Die Politikwissenschaft hatte sich von Anfang an als eine auf die praktischen Bedürfnisse des faschistischen Staates orientierte Wissenschaft definiert. Schon 1937 hatte es geheißen, „die politische Wissenschaft (ist) ausgerichtet auf die theoretischen und praktischen Bedürfnisse des neuen Staates“ (*ZfP* 1937: 621). *Scurla* brachte dieses Anliegen, „die Brücke von Forschung und Lehre zum unmittelbaren praktischen Einsatz zu schlagen“ (1942: 551) in der Weise auf den Punkt, daß er der Auslandswissenschaft eine Doppelfunktion zuschrieb: Die missionarisch-ideologische bestand darin, „der geistigen Vereinsamung und moralischen Verfemung des Reiches“ im Ausland entgegenzuwirken; die empirisch-instrumentelle hingegen bedeutete die „wissenschaftliche () Erschließung des Wesens fremder Völker“ (1942: 545). Dabei entwickelte sich im Laufe der Zeit zusehends die Perspektive einer „Wissenschaft des neuen Europa“ (1942: 558). Das neue Europa gelte es „geistig zu erobern und zu gestalten“, wobei der Wissenschaft die Aufgabe zukäme, die „Errichtung einer neuen Ordnung auch im Bereich des Geistes“ (1942: 558) zu bewerkstelligen (vgl. auch *Six* 1944).

Die Funktion der Politikwissenschaft für das System kann man demnach mit *Laub* folgendermaßen charakterisieren: „Wer Welteroberungspläne im Sinn hat, muß diese Welt erst kennen – und der Politikwissenschaftler (speziell der Auslandswissenschaftler) erkundet die Welt für den Eroberer.“ (1984: 31).

Genauer bedeutet dies: Die Politikwissenschaft ermittelte Daten über zu erobernde oder bereits eroberte Gebiete: sie gelangte damit ebenso zu Fakten über die Gegner des Reiches. Und – diese Perspektive wurde im Laufe des Krieges immer wichtiger – sie entwickelte Perspektiven für eine politische Gestaltung der Zukunft. Interessant hieran ist – betrachtet man die Verschiebung zwischen den drei genannten Funktionen im Laufe der Jahre –, daß die Politikwissenschaft sich zunehmend von der Datensammlung zur politischen Philosophie entwickelte und damit eindeutig in zuvor tabuisierte und nur der Nazi-Ideologie vorbehaltene Bereiche eindrang.

#### 4. Umorientierungen ab 1943

Die bereits angedeuteten Trends verstärkten sich in der ab 1943 erscheinenden, ebenfalls von DAI und Propagandaministerium herausgegebenen Zeitschrift ‚Politische Wissenschaft‘; die deutsche Politikwissenschaft entwickelte sich immer stärker zu einer eigenständigen, theoretisch fundierten und von der unmittelbaren politischen Praxis emanzipierten Fachdisziplin. Nicht nur der Anspruch „Forschungen über Politikwissenschaft“ (*Six* 1943b: 1) zu publizieren, sondern auch die – verglichen mit der ‚Zeitschrift für Politik‘ – stärker akademische Provenienz der Autoren und der größere Anteil theoretischer und programmatischer Beiträge verdeutlichen dieses gewandelte Profil. Auffällig ist bereits der veränderte Traditionsbegriff, der sich von dem zuvor geprägten, weitgehend an institutionellen Strukturen orientierten deutlich unterscheidet. Spürbar wird der Versuch, deutsche *Theoret*traditionen zu rekonstruieren, womit

die Identität der Disziplin Politikwissenschaft nicht mehr unmittelbar an das magische Datum 1933 gekettet, sondern auch in anderen Zusammenhängen verortet wird. Die Politikwissenschaft bemüht sich zudem, ihren Charakter als eigenständige Disziplin durch die Existenz eines eigenen Gegenstandes und einer spezifischen Methode auszuweisen.

Besonders deutlich bringt ein programmatischer Aufsatz von *Karl Heinz Pfeffer* „Begriff und Methoden der Auslandswissenschaften“, mit dem das erste Heft der ‚Politischen Wissenschaft‘ eingeleitet wurde, dieses neue Verständnis von Politikwissenschaft auf den Punkt; diese Abhandlung soll hier deshalb etwas ausführlicher dargestellt werden.<sup>6</sup>

*Pfeffer* gelingt es, die deutsche Auslandswissenschaft von der ‚bürgerlich-westlichen‘ Tradition abzugrenzen und zugleich einen positiven Bezug auf die soziologischen und staatswissenschaftlichen Klassiker herzustellen. Auffällig ist die Tatsache, daß *Pfeffer* die Auslandswissenschaften nicht ausschließlich über politische Aufgaben definiert. Gleichberechtigt, ja zuweilen dominant stehen daneben Reflexionen über die theoretischen Traditionen wie den wissenschaftlichen Charakter dieser Disziplin, die eine Emanzipation aus einer einlinig politischen Definition erkennen lassen. So behauptet er unter Bezug auf die – von ihm heftig kritisierte – gesellschaftswissenschaftliche Theorieentwicklung des 18. und 19. Jahrhunderts:

„Trotz dieser Lähmung der Soziologie in Deutschland haben einzelne Große gedanklich Grundlagen für eine politische Wissenschaft geschaffen, auf die wir uns heute wieder besinnen können. Justus Möser und Ernst Moritz Arndt, Fichte und Hegel, Friedrich List und Karl Rodbertus, der unübertreffliche Wilhelm Heinrich Riehl und, obwohl er auch gefährlichen Irrwegen seiner Zeit verhaftet blieb, Max Weber haben eine Möglichkeit der Arbeit der politischen Wissenschaft in Deutschland geschaffen, auf der wir alle stehen, auch wenn wir unsere eigenen Muster nicht kennen.“ (*Pfeffer* 1943: 9).

Mir erscheint dieses Zitat in gewisser Weise paradigmatisch für das gewandelte, nunmehr professionelle Selbstverständnis der neuen deutschen Politikwissenschaft, das *Pfeffer* programmatisch zu folgendem Satz zusammenfaßt: „Das wissenschaftliche Erbe ... liegt ... bei den echten Klassikern der deutschen Schule der Soziologie“ (1943: 9). Die zentrale Frage ist jedoch, wie *Pfeffer* ‚echte‘ von ‚unechten‘ Traditionen trennt; sie führt zu seinem Wissenschaftsbegriff. *Pfeffer* spricht von einer „echten Wissenschaft“ (1943: 9), insofern diese mehr leistet, als lediglich „Wissen über diese oder jene Dinge“ (1943: 1) zusammenzutragen, nämlich Methoden allgemeiner Art auf einen spezifischen Gegenstand anwendet. Auslandswissenschaften sind somit für ihn spezielle Wissenschaften, die „die Anwendung der einheitlichen politischen Wissenschaft auf das ‚Ausland‘“ (1943: 14) betreiben. Dabei grenzt er wissenschaftliche Tätigkeit deutlich von ideologisch gefärbten Wunschträumen ab; „Politik als Wissenschaft“ vergleicht er mit der – auf naturwissenschaftlicher Methode und Genauigkeit basierenden – Meteorologie, deren „Wettermeldungen“ dem Flieger „Lebensgefahr bringen, wenn sie von propagandistischen oder zweckoptimistischen Wunschträumen ausgehen“ (1943: 15). Analog arbeite die Politikwissenschaft: „So braucht unser Volk politische Wettermeldungen und eine politische Geländekunde, die nicht von Zweckoptimismus

gefärbt sein dürfen, die mit *naturwissenschaftlicher Strenge* zu arbeiten versuchen.“ (*Pfeffer* 1943: 15; Hervorh. J. W.). Die wissenschaftliche Definition von Politikwissenschaft, die in allzu enger politischer Funktionalisierung ein Hemmnis wissenschaftlicher Entwicklung sieht, drückt sich auch in folgender Feststellung *Pfeffers* aus: „Die deutschen Auslandswissenschaften haben also eine innere Einheit, ein geistiges Erbe und einen politischen Auftrag ...“ (1943: 10). Die Wandlung des Begriffs kann kaum pointierter formuliert werden als in diesem Zitat, in dem der politische Auftrag nur noch als ein Aspekt unter anderen auftaucht.

In ähnlicher Weise findet sich dieses gewandelte Verständnis von Politikwissenschaft als einer Wissenschaft von der Politik – im Gegensatz zu einer politisierten Wissenschaft – bei *Six* wieder, der im Vorwort zum ersten Heft der ‚Politischen Wissenschaft‘ postuliert, „daß die Wissenschaft von der Politik eine echte Wissenschaft ist, indem sie sachlich und exakt, kritisch und systematisch forscht“, zugleich aber „im echten Sinne politisch ist“ (1943b: 1). Aussagen aus dem folgenden Jahr 1944 bestätigen diesen Trend: „Politische Wissenschaft ist letztlich nichts anderes als *Befassung mit praktischer Politik* unter Anwendung der hierfür entwickelten Mittel der Analyse, Kritik und wissenschaftlichen Konstruktion.“ (*Six* 1944: 5; Hervorh. J. W.) Wissenschaft ist hier nicht mehr Objekt der Politik, sondern diese vielmehr Objekt der Wissenschaft. Deutlich verselbständigt hat sich die Wissenschaft gegenüber der Politik auch in seiner folgenden Feststellung, daß die Politikwissenschaft „mit den Mitteln der Wissenschaft durch Analyse und Konstruktion dem Praktiker der Politik dazu verhilft, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden und den Blick für größere Zusammenhänge zu schärfen ...“ (1944: 6). Und die Aufgabenbeschreibung der Zeitschrift ‚Politische Wissenschaft‘, „Klarheit über die *widerstrebenden* Probleme und Tendenzen der Tagespolitik zu geben“ (1944: 5; Hervorh. J. W.), zeigt bereits erste Distanz zur monolithischen Definition faschistischer Politik.

Zieht man hinzu, daß der Aspekt ‚Verwissenschaftlichung faschistischer Politik‘ zunehmend in den Hintergrund rückt und der primär wissenschaftlichen Analyse deutlich untergeordnet wird, so bestätigt sich die These der zunehmenden Verselbständigung und des wachsenden Selbstbewußtseins der deutschen Politikwissenschaft in den Jahren 1943/44. Sicherlich gibt es hierfür reale Gründe: Der Sieg der russischen Armee in Stalingrad im Februar 1943 machte es offensichtlich, daß der Krieg verloren war und politische Umwälzungen bevorstanden, die maßgeblich von den alliierten Mächten, vor allem aber von den USA getragen werden würden. Es scheint so, als hätte die auslandswissenschaftliche Ausrichtung der deutschen Politikwissenschaft ihr die Chance zur frühzeitigen Analyse und Prognose der politischen Entwicklung und somit zur rechtzeitigen Umstellung auf die nachfaschistische Ära gegeben. Dies kann die zunehmende Europa-Orientierung einerseits, die detaillierten Analysen der US-Politik andererseits erklären, die somit als Versuch zu interpretieren sind, noch vor Kriegsende Perspektiven für die Nachkriegszeit zu erarbeiten.

Meine These lautet daher: Die Zeitschrift ‚Politische Wissenschaft‘ kann als Produkt dieser Entwicklung verstanden werden; ihr Übergangscharakter zwischen politisch funktionalisierter NS-Wissenschaft und US-gemäß modernisierter Sozialwissenschaft ist unverkennbar. In ihr manifestiert sich eine auch in anderen Fachgebieten erkennbare

Tendenz, die Wissenschaft vom totalen Bezug auf das NS-System zu lösen und die Theorie vorab der Nachkriegswirklichkeit anzupassen. Den intelligentesten und weitblickendsten Versuch dieser Art bildet zweifellos ein Aufsatz von *Friedrich Lenz* „Die moderne Industriegesellschaft und das System der Mächte“ von 1944, in der er realistische Perspektiven für die Nachkriegspolitik entwickelt und ohne jeden Bezug auf NS-System und NS-Ideologie ein modernes (= amerikanisches) Wissenschaftskonzept präsentiert. In seiner Abhandlung, die hier nicht im Einzelnen dargestellt werden soll, versucht *Lenz* auf der Basis einer Analyse der ökonomischen und politischen Situation der Kriegsmächte einerseits, der angelsächsischen Friedenspläne andererseits Perspektiven für die Nachkriegsordnung in Deutschland zu antizipieren (die, nebenbei, recht realistisch waren). Zweifellos stellt diese Schrift ein bemerkenswertes Dokument der deutschen Politikwissenschaft dar, ist sie doch in einer Zeitschrift erschienen, die vom Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut unter *Six'* Leitung herausgegeben wurde und die zudem der Kontrolle des Propaganda-Ministeriums unterstand. Die Forcierung des ‚Endkampfes‘ und das absehbare Ende des Krieges hatten zwar – bedingt durch die Konzentration der Ressourcen auf die Kriegsführung – gewisse Einschränkungen für DAI und AWF zur Folge; für die politikwissenschaftliche Theoriebildung bedeuteten die Ereignisse jedoch eine Chance zur endgültigen Loslösung von der politischen Klammer. Die nun nicht mehr kriegswichtige Disziplin Politikwissenschaft wurde – so meine These – für die faschistischen Machthaber relativ uninteressant, so daß sie sich aufgrund des quantitativen Umfangs ihres institutionellen wie personellen Apparates einen gewissen Freiraum sichern konnte, in dem die Wissenschaft sich gegenüber der Politik zusehends profilierte. Möglich war dies allerdings nur, weil die Politikwissenschaft an einen starken Herrschaftsblock, die SS, angekoppelt war, der dem gesamten Unternehmen die Rückendeckung gab und es politisch abschirmte (vgl. *Siebert* 1966).

### 5. Zusammenfassung

Überblickt man die in den letzten Abschnitten dargestellte Entwicklung, so ist es meines Erachtens angemessen, von einer Politikwissenschaft, insbesondere einer Auslandswissenschaft im Faschismus zu sprechen und die leidige Frage ‚Wissenschaft oder Ideologie?‘ zugunsten einer differenzierteren Betrachtungsweise zurückzustellen. Das Ideologie-Verdikt hätte viele der hier dargestellten Ansätze und Positionen aus der Betrachtung ausgeklammert und den Blick auf den Prozeß der langsamen Herausbildung einer Fach-Identität der Politikwissenschaft verstellt.

Die hier entwickelte und mit Material vorläufig belegte These lautet: In den Jahren 1933 bis 1944 hat ein schrittweiser und in mehreren Stufen rekonstruierbarer Prozeß der Verfestigung der theoretischen und institutionellen Struktur der deutschen Politikwissenschaft stattgefunden, der als Verselbständigung gegenüber den Nachbar-/ Mutterdisziplinen, als Emanzipation gegenüber dem Politik-Bereich und als Herausbildung einer eigenen Fachidentität mit eigenen Theorietraditionen, Methoden und theoretischen Grundlagen charakterisiert werden kann.<sup>7</sup> Dabei sind im wesentlichen

folgende vier Phasen abgrenzbar (wobei hier allerdings an die Einschränkung erinnert werden muß, daß die Darstellungen überwiegend an der DHP bzw. an AWF und DAI orientiert waren):

1. Phase (1933–1937): Abgesehen von der ideologischen Umorientierung und der Vertreibung mißliebiger Personen knüpft die Deutsche Hochschule für Politik weitgehend am pädagogisch orientierten Volkshochschulkonzept der alten Hochschule für Politik an.
2. Phase (1937–1939/40): Der wissenschaftlichen Forschung wird erstmals stärker Geltung verschafft; sie bleibt jedoch der parteipolitischen Schulungsarbeit vorläufig untergeordnet.
3. Phase (1939/40–1943): Umstrukturierungen der Institute und die stärker akademisch ausgerichtete Ausbildung kennzeichnen die entscheidende Wende zu einer stärker autonomen Politikwissenschaft, innerhalb deren das genuin wissenschaftliche Anliegen immer stärker Vorrang gewinnt. Die Politikwissenschaft bekommt den Charakter einer eigenständigen Fachdisziplin.
4. Phase (1943–1944): Die Politikwissenschaft verselbständigt sich nunmehr auch gegenüber ihrer ‚Geburthelferin‘, der faschistischen Politik. Politische Belange werden dem wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß deutlich untergeordnet, und es beginnt eine vorsichtige Distanzierung von der NS-Politik und -Ideologie wie auch eine Umorientierung auf die antizipierte Nachkriegsentwicklung.

### Anmerkungen

- 1 Vgl. zu diesem Komplex u. a. *v. d. Daele* 1979: 48, 54.
- 2 Vgl. hierzu auch *Klingemann* 1981: 293; 1984: 9 f. und 1985: 10.
- 3 Auslandswissenschaft und Politikwissenschaft werden vorerst als Synonyme behandelt; eine Erklärung hierfür folgt später.
- 4 Nicht kümmern sollen hier die unterschiedlichen Bezeichnungen für das Fach: Politische Wissenschaft, Politikwissenschaft, Politikwissenschaften u. a. Betrachtet man die – teils obskuren – Nomenklaturprobleme, die nach 1945 auftauchten (*v. Eynern* 1954), so sollte man bezüglich der faschistischen Politikwissenschaft nicht allzu pingelig sein. Also reden wir von Politikwissenschaft.
- 5 So entbehrte etwa die agrarisch-feudalistische Blut- und Boden-Ideologie jeglicher realen Grundlagen; vgl. *Bergmann* 1981: 32 f.
- 6 Mein Dank geht an Herrn Prof. *Steiner* vom Institut für Soziologie und Sozialpolitik an der Akademie der Wissenschaften der DDR, der mir diesen – in der Bundesrepublik Deutschland leider nicht zugänglichen – Artikel besorgte und somit half, eine entscheidende Lücke im Material zu füllen.
- 7 Zwei Einwände gegen diese Auffassung sind denkbar: 1) Alle hier dargestellten Beispiele seien pure Ideologie, keineswegs jedoch Wissenschaft. 2) Die zentralen Felder der Politikwissenschaft (Parteien, Verbände, Institutionen etc.) seien in dieser Disziplin völlig ausgeblendet. Meine Gegenargumentation, die sich hier auf wenige Hinweise beschränken muß, lautet: Weder die Politikwissenschaft vor 1933 noch die nach 1945 waren per se unideologisch. Auch kann der wissenschaftliche Charakter der über alle Zweifel erhabenen Weimarer Politikwissenschaft kaum überzeugender nachgewiesen werden als der der Politikwissenschaft im Faschismus. Und der thematische ‚shift‘ der westdeutschen Nachkriegspolitik hin zur Institutionenkunde ist Produkt der spezifischen Nachkriegssituation, keinesfalls aber ‚natürlicher‘ Maßstab zur Ausgrenzung anderer Orientierungen.

## Verwendete Abkürzungen

- AWF – Auslandswissenschaftliche Fakultät an der Universität Berlin  
 DAI – Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut  
 DHP – Deutsche Hochschule für Politik  
 HfP – Hochschule für Politik  
 Jb – Hochschule für Politik, Jahrbuch  
 PVS – Politische Vierteljahresschrift  
 ZfP – Zeitschrift für Politik

## Literaturverzeichnis

- Arndt, Hans-Joachim, 1980: Die Deutschen: besiegt oder befreit, – oder beides? Zu den Auseinandersetzungen um eine Fundamentalkritik der westdeutschen Politologie, in: PVS 21, 303–311.
- Bergmann, Waltraud u. a., 1981: Soziologie im Faschismus 1933–1945. Darstellung und Texte, Köln.
- Daele, Van den, Wolfgang/Krohn, Wolfgang/Weingart, Peter (Hrsg.), 1979: Geplante Forschung. Vergleichende Studien über den Einfluß politischer Programme auf die Wissenschaftsentwicklung, Frankfurt.
- Die Deutsche Hochschule für Politik, 1937, in: ZfP 27, 621–622.
- Dix, Arthur, 1934: Politik als Staatslehre, Staatskunst und Staatswille, in: ZfP 24, 529–539.
- Eckert, 1934: Aufbau und Vorlesungsplan der Hochschule für Politik, in: ZfP 24, 228–230.
- Eynern, Gert von, 1954: Politologie, in: ZfP 1, 83–85.
- Fraenkel, Ernst, 1957: Otto Suhr zum Gedächtnis. Gedenkrede anlässlich der Feier der Berliner Hochschulen vom 22. November 1957 in der Aula der Deutschen Hochschule für Politik, in: ZfP 4, 333–347.
- Gülich, Wilhelm, 1941: Politik und Forschung. Die dynamische Bibliothek als Quelle politischer Erkenntnis, in: ZfP 31, 3–7.
- Hättich, Manfred, 1980: Zur Lage der Politikwissenschaft oder auf der Suche nach Wirklichkeit, in: PVS 21, 198–211.
- Jäckb, Ernst/Subr, Otto, 1952: Geschichte der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin.
- Jäckb, Ernst (Hrsg.), 1931: Politik als Wissenschaft. 10 Jahre Deutsche Hochschule für Politik, Berlin.
- Kastendiek, Hans, 1977: Die Entwicklung der westdeutschen Politikwissenschaft, Frankfurt/New York.
- Kastendiek, Hans, 1980: Zur Lage der Politologie oder Versuche, einer Diskussion über die bisherige Entwicklung des Faches auszuweichen, in: PVS 21, 311–314.
- Kiesewetter, Bruno, 1940: Über die Voraussetzungen einer Wissenschaft von der Wirtschaftspolitik als Grundlage der wirtschaftspolitischen Arbeit an der Hochschule für Politik, in: Hochschule für Politik, Jahrbuch 1940, 292–311.
- Klingemann, Carsten, 1981: Heimatsoziologie oder Ordnungsinstrument? Fachgeschichtliche Aspekte der Soziologie in Deutschland zwischen 1933 und 1945, in: M. Rainer Lepsius, Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945, Sonderheft 23 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1982, 273–307.
- Klingemann, Carsten, 1984: Zum gegenwärtigen Stand der Forschung über die Geschichte der Soziologie in Deutschland zwischen 1933 und 1945 (unveröff. Manuskript).
- Klingemann, Carsten, 1985: Vergangenheitsbewältigung oder Geschichtsschreibung? Unerwünschte Traditionsbestände deutscher Soziologie zwischen 1933 und 1945, in: Sven Papcke (Hrsg.), Ordnung und Theorie. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland, Darmstadt (erscheint demnächst).
- Laub, Reinhold, 1984: Politikwissenschaft im Faschismus. Das Beispiel von Franz Alfred Six, Marburg (unveröff. Manuskript).
- Lenz, Friedrich, 1944: Die moderne Industriegesellschaft und das System der Mächte, in: Politische Wissenschaft 2, 53–67.

- P., 1940: Die Auslandswissenschaftliche Fakultät an der Universität Berlin, in: ZfP 30, 55–56.
- Pfeffer, Karl Heinz, 1943: Begriff der Auslandswissenschaften, in: Politische Wissenschaft 1, 3–15.
- Schneider, Hans-Heinz, 1962: Die „alte“ Hochschule für Politik, in: Das Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin vormals Deutsche Hochschule für Politik. Geschichte. Forschung und Lehre, Politische Bildungsarbeit. Herausgegeben zur Einweihung des neuen Institutsgebäudes am 7. Mai 1962, Berlin, 5–31.
- Scuria, Herbert, 1942: Die deutschen wissenschaftlichen Auslandsinstitute, in: ZfP 32, 545–558.
- Siebert, Erich, 1966: Entstehung und Struktur der Auslandswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Berlin (1940 bis 1945), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 1, 19–34.
- Six, Franz Alfred, 1940: Vorwort, in: Hochschule für Politik, Jahrbuch 1940, 5–7.
- Six, Franz Alfred, 1941a: Das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut im Jahre 1941, in: ZfP 31, 733–739.
- Six, Franz Alfred/Ziegler, Wilhelm, 1941b: Zum Geleit, in: ZfP 31, 1–2.
- Six, Franz Alfred, 1942: Das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut im Jahre 1942, in: ZfP 32, 823–827.
- Six, Franz Alfred, 1943a: Das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut im Jahre 1943, in: ZfP 33, 512–517.
- Six, Franz Alfred, 1943b: Vorwort, in: Politische Wissenschaft 1, 1.
- Six, Franz Alfred, 1944: Einleitung, in: Politische Wissenschaft 2, 5–6.
- Weyer, Johannes, 1984a: Westdeutsche Soziologie 1945–1960. Deutsche Kontinuitäten und nord-amerikanischer Einfluß, Berlin.
- Weyer, Johannes, 1984b: Die Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet (1935–1941) – ein Beispiel für Soziologie im Faschismus, in: Soziale Welt 35, 124–145.
- Weyer, Johannes, 1985a: Der Bürgerkrieg in der Soziologie. Die westdeutsche Nachkriegssoziologie zwischen Amerikanisierung und Restauration, in: Sven Papcke (Hrsg.), Ordnung und Theorie. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland, Darmstadt (erscheint demnächst).
- Weyer, Johannes, 1985b: Chaos oder System? Überlegungen zur Wissenschaftspolitik des Faschismus, in: Forum Wissenschaft 2, 31–35.
- Zeuner, Bodo, 1984: Markierungspunkte in der Geschichte des Fachbereichs Politische Wissenschaft der FU, vormals Otto-Suhr-Institut, vormals Deutsche Hochschule für Politik – Vortrag auf der Eröffnungsveranstaltung der Fachbereichstage des FB Politische Wissenschaft der FU am 31. Mai 1983, in: Mitteilungen aus dem Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin 2, 9–39.